

Pressemitteilung

DKG zur Mobilitätsprämie

1,4 Millionen Beschäftigte in Kliniken werden leer ausgehen

Berlin, 24. April 2026 – Die heute vom Bundestag beschlossene Mobilitätsprämie wird bei den Beschäftigten der Krankenhäuser nicht ankommen. Das zeigt eine aktuelle Blitzumfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Demnach gibt lediglich ein Prozent der Kliniken an, die Prämie auf jeden Fall auszahlen zu können. Nur drei Prozent halten eine Auszahlung für wahrscheinlich. Dagegen sehen sich 73 Prozent der Krankenhäuser aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen definitiv außerstande, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese zusätzliche Zahlung zu leisten. Hintergrund ist die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser, die durch die Kürzungspläne des Bundesgesundheitsministeriums im kommenden Jahr nochmals dramatisch verschlechtert wird.

„Rund 1,4 Millionen Beschäftigte im Krankenhausbereich sind damit faktisch von der Mobilitätsprämie ausgeschlossen. Und das sind Mitarbeitende, die anders als Beschäftigte in anderen Branchen nicht im Homeoffice arbeiten können und auf tägliche Mobilität angewiesen sind. Die heute beschlossene Mobilitätsprämie ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Wenn die Bundesregierung an ihren Kürzungsplänen für die Kliniken festhält, wird das nicht die einzige Hiobsbotschaft für unsere Beschäftigten bleiben. Dann droht im kommenden Jahr ein massiver Personalabbau, denn schon heute sind 75 Prozent der Krankenhäuser in den roten Zahlen und können die massiven Kürzungen nur durch drastische Senkung ihrer Personalkosten kompensieren. Die Alternative dazu wären kurzfristige Schließungen vieler Standorte. Die Krankenhausträger werden sich im nächsten Jahr zwischen Pest und Cholera entscheiden müssen. Das ist sehr bitter angesichts des großartigen Engagements, das unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag für die Versorgung der Patientinnen und Patienten leisten“, so Gaß.

PRESESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

ASSISTENZBÜRO
Martin **Ruhland**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

[Website](#)
[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[TikTok](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

Dieses Ergebnis entlarvt zudem die politisch versprochene angebliche Entlastung als Mogelpackung. „Die Bundesregierung verpflichtet Arbeitgeber, ihre Beschäftigten bei steigenden Mobilitätskosten zu unterstützen, verschärft gleichzeitig aber durch ihre Politik den wirtschaftlichen Druck auf die Krankenhäuser. Und das verkauft sie dann als staatliche Entlastung,“ so Gaß

Statt strukturelle Entlastungen zu schaffen, etwa durch eine spürbare und dauerhafte Senkung der Energiesteuer oder durch Initiativen auf europäischer Ebene, werde die Verantwortung einseitig auf die Arbeitgeber abgewälzt. Viele Kliniken seien dazu jedoch finanziell schlicht nicht in der Lage.

Die Klinikbranche mit ihren 1,4 Millionen Beschäftigten ist der größte Dienstleistungsbereich in Deutschland und hat doppelt so viele Mitarbeiterinnen Mitarbeiter wie die deutsche Automobilindustrie.

Die DKI-Umfrage ist als Anlage beigefügt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.841 Krankenhäuser versorgen jährlich 17,5 Millionen stationäre Patienten und rund 24 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 150 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.